

Antrag

der Abgeordneten **Vesna Schuster, Ing. Huber, Landbauer, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Mag. Teufel**

betreffend: **Errichtung von Gegensprechanlagen an allen Schulen in Niederösterreich**

Leider gab es auch in Niederösterreich schon einige Fälle wo Gewalt an Schulen eskaliert ist. Um so etwas in Zukunft zu vermeiden, muss jede der 1.179 Schulen in Niederösterreich für unsere Kinder zu einem Ort maximaler Sicherheit gemacht werden. Oft muss leider wieder einmal etwas passieren, damit etwas passiert. In jener Schule in Mistelbach, die durch den Vorfall am 9. Mai 2018 zu trauriger Bekanntheit gelangt ist als ein 19-jähriger Schüler schwer verletzt wurde, hat die Direktorin nun Gegensprechanlagen anbringen lassen.

Wir leben in Zeiten, in denen Terrorgefahr herrscht, wo viele Zuwanderer mit Messern durch die Straßen spazieren und andere Menschen niederstechen, wo es vermehrt zu Vergewaltigungen an unseren Frauen und Töchtern kommt, wo sich Drogensüchtige die interessantesten Plätze suchen um sich den nächsten Schuss zu setzen oder um zu dealen. In diesen Zeiten ist es sehr verantwortungslos die Eingangstore der Schulen unserer Kinder entsperrt zu halten. Dies erfordert Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an unseren Bildungseinrichtungen.

Auch in Großstädten anderer EU-Länder wie beispielsweise Berlin, Hamburg oder Prag wurde die Problematik erkannt und bereits massiv in den Ausbau von Gegensprechanlagen investiert. Im Sinne einer präventiven größtmöglichen Sicherheit für unsere Kinder ist die Errichtung von Gegensprechanlagen an allen niederösterreichischen Schulen dringend geboten.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung für die größtmögliche Sicherheit an den niederösterreichischen Schulen aus.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, Erhebungen anzustellen an wie vielen niederösterreichischen Schulen bereits Gegensprechanlagen installiert sind bzw. ob vergleichbare Vorkehrungen an den Schulen getroffen wurden um für unsere Kinder größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten.
3. Die NÖ Landesregierung wird weiters aufgefordert, auf Basis der Evaluierung eine Prioritätenliste zu erstellen und diese so rasch als möglich abzuarbeiten.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Bildungsausschuss so rechtzeitig zuzuweisen, dass eine Behandlung am 18.10.2018 möglich ist.